

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 17. Juli 2018

## **Anfrage**

### **Schützt Arbeit und Ausbildung nicht mehr vor Abschiebung?**

Der Bundesinnenminister rühmte sich kürzlich, dass zu seinem 69. Geburtstag auch 69 Menschen „rückgeführt“ werden konnten – meist in ihre afghanische „Heimat“. Aus Verzweiflung nahm sich einer der „Rückgeführten“ in Kabul das Leben. In Oberbayern werden die ausgewählten Geflüchteten auf Anweisung der Regierung sogar etwa zwei Wochen vorher in Abschiebehaft genommen.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt hält dieses Verfahren für völlig unverhältnismäßig und sieht darin eine überzogene Härte. <sup>1)</sup>

Auch beklagen die Berufsschulen, die viele geflüchtete Jugendliche entweder in den Berufsintegrationsklassen oder in der gesamten Schülerschaft beschulen, dass alle pädagogischen Bemühungen um Spracherwerb, kulturelle Kompetenzen und fachliche Kenntnisse zunichte gemacht werden durch die permanente Bedrohung, dass irgendwo eine Abschiebung vorgenommen werden könnte.

Da die Landeshauptstadt sich in ihrer gesamten Flüchtlingspolitik dem Grundsatz verpflichtet sieht, dass es keine Abschiebungen aus Arbeit und Ausbildung geben darf, stellen sich uns Fragen zur aktuellen Situation von Geflüchteten in der Landeshauptstadt.

#### **Wir fragen daher den Oberbürgermeister:**

1. Wie viele in München ansässige Geflüchtete wurden in 2018 bislang abgeschoben?
2. Wie viele Schüler und/oder Auszubildende waren darunter?
3. Wie viele der Geflüchteten standen in einem Arbeitsverhältnis?
4. Wie viele der Geflüchteten waren in einer Integrations-, Beschäftigungs- und/oder Qualifizierungsmaßnahme?

**Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)**

---

<sup>1)</sup> Stellungnahme des Migrationsbeirats München vom Juni 2018